

## Charité nimmt Impfbefragung von Website

Senatorin: „Berechtigte Zweifel an der Qualität“

Die Charité hat die umstrittene Befragung „ImpfSurv“ zu Reaktionen auf und Nebenwirkungen von Corona-Impfungen sowie zu Symptomen von Covid-19-Erkrankungen von ihrer Homepage genommen und wird das Projekt intern prüfen. Das teilte Berlins Wissenschaftssenatorin Ulrike Gote (Grüne) jetzt im Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses auf eine Frage von Tobias Schulze (Die Linke) mit.

Es gebe „berechtigte Zweifel an der Qualität der Befragung“, sagte Gote in der aktuellen Stunde. Geleitet wird „ImpfSurv“ von Harald Matthes, dem ärztlichen Leiter des anthroposophischen Gemeinschaftskrankenhaus Havelhöhe. Matthes hat außerdem eine befristete Stiftungsprofessur am Institut für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie der Universitätsmedizin Charité. Von einer „Charité-Studie“ zu sprechen sei nicht korrekt, sagte Gote. Tatsächlich handelt es sich um eine auf zwei Jahre angelegte Befragung von nach Angaben Matthes' bislang 40 000 Menschen, für die seit Juli 2021 freiwillig Teilnehmende gesucht wurden. An der Charité werde auch eine „externe Best-Practice-Prüfung“ erwogen, ergänzte Gote. Bei solchen Verfahren geht es um die Frage, ob etwa beim Befragungsdesign oder bei der Auswertung wissenschaftliche Standards eingehalten oder verletzt wurden. „Die Charité positioniert sich klar im Sinne einer Qualitäts-sicherung und nicht im Sinne einer Vorverurteilung“, so Gote.

Matthes hatte gegenüber verschiedenen Medien Auskunft über Zwischenergebnisse der Befragung gegeben. Demnach sei das Auftreten „schwerer Nebenwirkungen“ der Impfungen gegen Co-



Ein Warnschild auf der Intensivstation des Krankenhauses Havelhöhe, das der Initiative von ImpfSurv leitet. F.: Christoph Soeder/dpa

vid-19 rund 40mal häufiger als bislang vom in Deutschland für die Erfassung von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen zuständigen Paul-Ehrlich-Institut (PEI) angegeben wird.

Laut dem letzten, Ende März veröffentlichten Sicherheitsbericht des PEI beträgt die Melderate von Verdachtsfällen in Deutschland für alle Impfstoffe 1,7 Meldungen pro 1000 Impfdosen, für schwerwiegende Reaktionen 0,2 Meldungen pro 1000 Impfdosen. Matthes hatte angegeben, dass die Impfungen eine Nebenwirkungsrate von 0,8 Prozent hätten. Überprüfbar ist diese Aussage nicht, da die Ergebnisse und die Beschreibung der zugrundeliegenden Methodik nicht veröffentlicht wurden.

Kritiker aus Fachkreisen bemängeln die Verwendung des Begriffs „schwerer Nebenwirkungen“ durch Matthes. Welche Nebenwirkungen es sind und ob sie in einem Zusammenhang mit der Impfung stehen, ist anhand der Angaben nicht nachvollziehbar. Matthes nannte in einem Interview neurologische Störungen, Nervenlähmungen, Muskel- und Kopfschmerzen und Herz-Kreislauf-Probleme als Beispiele. Grundlage seiner Aussagen sind Symptome, die die Befragten an sich selbst beobachteteten.

In Studien zur Sicherheit von Impfstoffen müsse jedoch zwischen „unerwünschten Ereignissen“ und „unerwünschten Arzneimittelwirkungen“ unterschieden werden, hatte Leif Erik Sander, Leiter der Infektiologie an der Charité, dem Tagesspiegel auf Anfrage mitgeteilt. Unerwünschte Ereignisse treten in klinischen Studien auch unter den Proband:innen auf, die ein wirkungsloses Placebo erhalten. Eine Placebo-Gruppe zum Vergleich fehlt in der Befragung. Nur von „schweren Nebenwirkungen“ zu sprechen, suggeriere einen Kausalzusammenhang mit der Impfung, der nicht in allen Fällen besteht, so Sander.

Weitere Kritik betrifft die nicht-repräsentative Rekrutierung der Befragten. Aufrufe zur Beteiligung erfolgten an Impfbüros, per Mail und Messenger-Dienst und über eine Website. Menschen mit akuten Beschwerden sind wahrscheinlich überrepräsentiert. Ein Sprecher der Charité hatte der Deutschen Presse-Agentur mitgeteilt: „Diese Datenbasis ist nicht geeignet, um konkrete Schlussfolgerungen über Häufigkeiten in der Gesamtbevölkerung zu ziehen und verallgemeinernd zu interpretieren.“

## Auf dem Trockenen

Der Nordosten Deutschlands leidet seit Jahren unter Wassermangel. Sparen alleine wird nicht reichen

VON RALF NESTLER

Es wäre naheliegend, einen Artikel über schwindende Wasserressourcen im Nordosten Deutschlands mit einer Beschreibung staubtrockenen Bodens zu beginnen, der vom Wind aufgewirbelt wird. Oder mit dem Dürremonitor des Umweltforschungszentrums (UFZ), der die geringe Bodenfeuchte nach den regenarmen letzten Wochen eindrücklich zeigt. Doch beides illustrierte nur ein zeitweiliges Phänomen. Tatsächlich baut sich der Wasserverlust bereits seit Jahren auf.

Das ist etwa an Brandenburger Seen zu beobachten, wo die Distanz von alten Uferbegrenzungen und Stegen zum heutigen Wasserspiegel immer größer wird.

### Anfangs wurde das Defizit als Ausreißer in den Daten betrachtet

Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (Zalf) in Müncheberg. Anfangs wurde den vermeintlichen Ausreißern in den Datenreihen kaum Beachtung geschenkt, inzwischen ist das Problem offenkundig. Wie es zu lösen ist, in einer wachsenden Metropolregion wie Berlin und Umland, inmitten des Klimawandels, ist schwer zu sagen. Mit Kampagnen fürs Wassersparen allein, sagen Fachleute, wird es nicht gelingen. Es werden wohl größere Eingriffe nötig sein. Besonders ausgeprägt ist das Defizit dort, wo das Grundwasser tief liegt, viele Meter unter der Geländeoberfläche, erläutert Lischeid. Trockenheit wie derzeit und sinkende Grundwasserstände wirken doppelt verheerend für die Vegetation. Zum einen fehlt es an Niederschlag von oben.

Zum anderen entsteht zwischen der Hauptwurzelzone in ein, zwei Metern und dem tieferliegenden Grundwasser ein Loch: Die Porenräume sind leer. Wasser aus der obersten Schicht sickert der Schwerkraft folgend nach unten und fehlt den Pflanzen oben.

Dennoch sind die Mengen, die übers Jahr unten im Grundwasser ankommen, oft zu gering, so dass die sogenannte Neubildung nicht ausreicht und das Defizit größer wird. Gerade die Landwirtschaft leidet darunter, denn die Niederschlagsmuster ändern sich. Im Schnitt kommt die gleiche Menge wie seit Jahrzehnten, nun aber eher im Winter und die Sommer werden trockener. Um Erträge zu sichern, werde heute häufiger über Bewässerung nachgedacht, erzählt Lischeid. Aber woher nehmen?

„Die Oberflächengewässer sind ohnehin gestresst und kommen kaum infrage“, sagt der Agrarökologe. Grundwasser zu nutzen, wie es etwa in Niedersachsen vielfach geschehe, sieht er ebenfalls kritisch. „Gute Bewässerung heißt, dass alles von den Pflanzen aufgenommen wird und nichts nach unten sickert. Damit verschärft sich das Grundwasserproblem.“

Moderne Technologien, bei denen weniger verdunstet, seien hilfreich, aber nicht überall einsetzbar. Für Tröpfchenbewässerung braucht es lange Schläuche, die ausgelegt und vor dem nächsten Pflügen wieder eingeholt werden müssen. „Im Gemüsebau mag sich das rechnen, bei einem großen Getreideschlag nicht“,



Land über. Am Sinken des Wasserstands von Seen wie dem Pinnower See in Brandenburg ist erkennbar, dass vor allem im Sommer weniger Wasser nachkommt, als durch Verdunstung und mancherorts auch Entnahme verloren geht.

Foto: Andreas Franke/picture alliance

sagt Lischeid. Landwirte werden noch stärker auf Pflanzen setzen müssen, die besser mit Trockenheit zurechtkommen. Wunder solle man davon jedoch nicht erwarten, warnt der Forscher. „Die Pflanze muss wachsen, Nährstoffe aufnehmen und diese verteilen“, sagt er. „Dafür braucht sie eine Mindestmenge an Wasser.“ Sie solle Trockenheit nicht nur überleben, sondern am Ende trotzdem gute Erträge bringen.

Um das Grundwasser zu schonen, werden in Berlin und Brandenburg mittlerweile Methoden diskutiert, die man aus dürrgeplagten Gegenden wie dem Mittelmeerraum kennt. „Wassersparen allein, etwa das Umrüsten der Toiletenspülung auf Regenwasser, wird wohl nicht reichen“, sagt Irina Engelhardt, Hydrogeologin an der TU Berlin. Sie erforscht, wie der Wasserhaushalt gezielt aufgeföhrt werden kann. Dazu gehört die Renaturierung von Flüssen und Mooren. „Das hilft der Landschaft und den aquatischen Lebewesen, im Grundwasser kommt aber kaum etwas an.“

Eine Option, den Wasserbedarf der Region zu decken, besteht darin, Wasser von anderswo heranzuschaffen, von der Oder oder der Elbe, sagt Engelhardt. Wo bei es etliche Einschränkungen gebe: Je nach Jahreszeit herrscht dort ebenfalls Niedrigwasser und die Oder hat erhöhte Sulfatgehalte. Der Import wäre allenfalls ein Baustein.

Die zweite Option sind sehr tiefe Grundwasserleiter, die bisher nicht genutzt werden. Das Wasser ist etwas salzig, etwa wie das der Ostsee, doch es lasse sich mit Entsalzungsanlagen genießbar machen. Das Problem, so Engelhardt: Das Verfahren ist energieintensiv, die entstehende Salzlake muss entsorgt werden und wirklich nachhaltig ist es auch nicht, die tiefe Ressource anzuzapfen.

Günstiger erscheint die Londoner Lösung. Dort wird aus einem tiefen Grundwasserleiter gefördert, erzählt die Forscherin. „Deutlich mehr als er eigentlich liefern kann, die Fehlmenge wird im

Herbst und Winter mit Wasser aus der Themse wieder aufgefüllt.“ Für Berlin kann sie sich einen derartigen tiefen Speicher ebenfalls vorstellen, obwohl Havel und Spree oft nur wenig Wasser führen. „Es gibt auch Zeiten, in denen es mehr davon gibt als uns lieb ist“, sagt Engelhardt. Starkregenereignisse und Hochwasserwellen sollen zunehmen. „Wenn man die Spitzen abfangen könnte, wäre das ein doppelter Nutzen.“ Zwischenlagerung wird das Wasser in Seen und Tal-sperren und dann über eine Bohrung in die Tiefe gebracht.

Auch Wasser aus Klärwerken zu nutzen, ist denkbar. Die TU-Wissenschaftlerin weiß, dass das für viele in Deutschland ein Tabu ist.

Noch. „In Spanien oder Israel wird auch diese Ressource genutzt.“ Um Schadstoffe wie Arznei- und Pflanzenschutzmittel loszuwerden, setzt sie auf die Klärwerke und Mikroorganismen im Untergrund, die die Chemikalien abbauen. „Es gibt viel Erfahrung aus der Sanierung von Altlasten in der Industrie, die können wir hier nutzen.“ Selbstverständlich müsse dann genau überwacht werden, was im Untergrund geschieht.

Welche der genannten Optionen für die Region infrage kommen, müsse diskutiert werden, meint die Forscherin. Mit weiteren Spraufrufen ist kaum noch etwas zu erreichen, zumindest wenn sie freiwillig zu befolgen sind. Darauf macht Erik Gawel, Umweltökonom am UFZ, aufmerksam: „Der Wirksamkeit von Informationskampagnen, Appellen und Verbrauchsführung wie Nudging stehe ich skeptisch gegenüber“, sagt er und beruft sich auf die Verhaltensforschung. Das funktioniert, wenn überhaupt, nur im Privaten. „Wenn ein Unternehmen profitorientiert arbeitet, schaut es auf den Preis.“

Bei großer Knappheit sollten Verbote erwogen werden

Da müsse man ansetzen, sagt der Wissenschaftler. „Gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie soll der Preis sowohl die ökonomischen als auch die ökologischen Kosten abbilden.“ Wenn sich diese erhöhen, müssen Abnehmer mehr zahlen. Dies habe durchaus eine Lenkungswirkung und könne „weniger dringliche“ Nutzung unterbinden oder verlagern.

Nun lasse sich einwenden, dass mit dem Preis die Ungerechtigkeit zunehme. Zwanzig Kubikmeter Wasser in einem privaten Pool nützen der Gesellschaft weniger, als ihre Verwendung zur Bewässerung einer landwirtschaftlichen Fläche. Der Poolbesitzer kann sie sich aber leisten, der Bauer vielleicht bald nicht mehr. „Gerechtigkeitsfragen sind wissenschaftlich schwer fassbar“, sagt Gawel, „weil man Werturteile treffen muss.“ Ein realistischer Preis, der die gesellschaftlichen Kosten beinhaltet, sei kein Verbot, regere aber an, den Verbrauch zu prüfen. „Wenn der Landwirt feststellt, dass die Kosten zu hoch sind, muss er auf weniger wasserintensive Kulturen umstellen.“

Bei großer Knappheit, beispielsweise im Sommer, müsse auch über ordnungsrechtliche Schritte – sprich Verbote – nachgedacht werden. In manchen Landkreisen wurde in der Vergangenheit bereits ein zeitweiliges Entnahmeverbot aus Oberflächengewässern ausgesprochen. Der Wasserverband Strausberg Erkner will den Verbrauch für Neukunden rationieren und nicht mehr als 37 Kubikmeter pro Person und Jahr liefern. Auch mit Gewerbetunden wurden entsprechende Verträge gemacht.

Für hiesige Verhältnisse sind das bedeutsame Veränderungen, anderswo sind solche Maßnahmen längst etabliert. Mit Blick auf diese Regionen gibt sich Irina Engelhardt optimistisch, dass Berlin und das Umland auch künftig gut versorgt werden können: „Israel oder Kalifornien haben einen erheblich größeren Wasserstress als wir“, sagt sie. „Wenn die das hinbekommen, werden wir es auch schaffen.“

## Viele Studierende leben in Armut

Wohlfahrtsverband: Baßög weiter reformieren

Fast ein Drittel aller Studierenden lebt einer Untersuchung zufolge in Armut. Laut einer am Dienstag veröffentlichten Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sind 30 Prozent aller Studierenden in Deutschland davon betroffen. Von den allein lebenden Student:innen leben demnach sogar vier von fünf unter der Armutsgrenze. Das mittlere Einkommen armer Studierender liege bei 802 Euro, also 463 Euro unterhalb der Armutsschwelle. Überproportional von Armut betroffen seien dabei nicht nur zu 80 Prozent Einpersonenhaushalte, sondern auch zu 45 Prozent Studierende mit Baßög.

„Die altbackenen Klischees des fröhlichen Studentenlebens bei wenig Geld, aber viel Freizeit, sind absolut überholt und haben mit der Lebenswirklichkeit und dem Studiendruck heutzutage nichts mehr zu tun“, erklärte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Nötig sei eine weitreichende Baßög-Reform. Die bisher vorliegenden Reformvorschläge der Bundesregierung, die am Mittwoch im Bundestagsausschuss für Bildung beraten werden, hält der Verband nicht für ausreichend. Gerade angesichts der aktuellen Preissteigerungen drohten weitere harte Belastungen, Verschuldung und Studienabbrüche für viele arme Studierende.

Nötig seien neben der Ausweitung der Reichweite des Baßögs und der Flexibilisierung der Altersgrenzen auch eine Anhebung der Baßög-Sätze sowie eine automatische und regelmäßige Erhöhung der Studienbeihilfe. Die bisher geplante Anhebung der Baßög-Sätze um fünf Prozent auf künftig 449 Euro gleiche nicht einmal die realen Kaufkraftverluste durch die aktuelle Inflation aus, kritisierte der Verband. Die Analyse stütze sich auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels aus dem Jahr 2020 sowie Erhebungen des Deutschen Studentenwerks zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Studierender in Deutschland.

AFP

## Susanne Buitter neu an der Spitze des GFZ Potsdam

Susanne Buitter hat am 15. Mai die Leitung des Deutschen Geoforschungszentrums in Potsdam (GFZ) übernommen. Sie löst Niels Hovius ab, der das Helmholtz-Zentrum seit November 2020 kommissarisch geleitet hatte. Zuvor hatte der langjährige Vorstand Reinhard Hüttl nach Ermittlungen wegen Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Finanzmitteln das GFZ verlassen. Die niederländische Geophysikerin Susanne Buitter wurde mit einer Arbeit zur Oberflächenverformung aufgrund von tektonischen Prozessen promoviert. Sie forschte in der Schweiz, Kanada und Norwegen. Seit 2020 ist sie Professorin für Tektonik und Geodynamik an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Das Kuratorium des GFZ hatte sie Ende März zur neuen wissenschaftlichen Vorstandin und zur Sprecherin des Vorstands berufen.

Kix

## „Die Elite im Wissenschaftsbetrieb ist sehr klein“

Amrei Bahr über den Aufschrei #IchBinHanna und warum keine Universität divers wird, wenn es so weiter geht

„Ich bin Amrei, 35 Jahre alt, Philosophin #IchBinHanna“, postete Amrei Bahr im vergangenen Juli auf Twitter. Kurz zuvor war ein Video vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aufgetaucht, in dem anhand der fiktiven Protagonistin Hanna, einer jungen Wissenschaftlerin mit befristetem Vertrag, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz erklärt und verteidigt wird.

Das Gesetz ist dafür verantwortlich, dass gut 90 Prozent der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen in Deutschland befristet sind. Unter dem Hashtag #IchBinHanna formierte sich Protest. Etliche Nachwuchswissenschaftler:innen prangerten die prekären Arbeitsbedingungen an. Insgesamt wurden mehr als 134 000 Tweets zum Thema abgesetzt. Die Initiatoren Amrei Bahr, Kristin Eichhorn und Sebastian Kubon haben nun eine gleichnamige Streitschrift im Suhrkamp-Verlag veröffentlicht.

Frau Bahr, vor ungefähr einem Jahr haben Sie den #IchBinHanna initiiert, was hat sich seitdem getan?

Wir haben in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche mit Verantwortlichen geführt. Die Bereitschaft, die schlechten Arbeitsbedingungen zu verbessern, scheint

wirklich groß. Das zeigt sich auch daran, dass unsere Kernforderungen – darunter mehr unbefristete Stellen im Wissenschaftsbetrieb – im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung enthalten sind. Außerdem hat sich ein großes Netzwerk von Betroffenen gebildet. Auch das trägt zur Veränderung bei.



Amrei Bahr (36) ist Juniorprofessorin für Philosophie der Technik und Information an der Uni Stuttgart. Während ihrer Promotion musste sie ALG 1 beziehen, weil ihr Stipendium ausgelaufen war.

Im Buch nennen sie die Arbeitskultur im Wissenschaftssystem „verwahrlost“. Das klingt nach viel Konkurrenz statt Zusammenhalt.

Natürlich begünstigen die vorherrschenden Arbeitsbedingungen eine Ellenbogen-Mentalität. Wer Existenzängste bekommt, weil er noch keinen Anschlussvertrag hat, wird oft erstmal auf sich selbst achten, statt seinem Kollegen zu helfen. Trotzdem muss ich sagen, dass

es erfreulich viel Solidarität gibt. Das könnte auch daran liegen, dass die prekären Bedingungen derart um sich greifen. Denn die Elite im Wissenschaftsbetrieb ist sehr klein – und dafür sind extrem viele von ihr abhängig. Um eine der heiß begehrten Professuren auf Lebenszeit zu ergattern, zählt auch, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein. Das haben die meisten durchschaut – und vielleicht sogar die Hoffnung aufgegeben, dass sie das sein werden.

Klingt, als wäre Leistung gar nicht so wichtig.

Genau. Nach oben kommt, wer lange durchhält. Und vor allem: Wer sich das Prekariat auf Dauer leisten kann. Also einen Background hat, der finanziell unterstützt. Man kann alles richtig machen, wahnsinnig engagiert sein – und trotzdem irgendwann keinen Folgevertrag bekommen. Auch wer nicht absolut mobil ist – und bereit, alle paar Jahre umzuziehen, hat schlechte Chancen. Dem Wissenschaftsbetrieb gehen dadurch sehr viele kluge Köpfe verloren.

Aber eigentlich setzen doch gerade alle auf Diversität und wollen Mitarbeitenden mit unterschiedlichen Biografien bei sich arbeiten haben ...

Das behauptet der Wissenschaftsbetrieb von sich auch. Aber es wird nicht gelingen, solange sich die Arbeitnehmer:innen von einer befristeten Anstellung in die nächste hangeln müssen und nicht mal die Dauer der Promotion mit einem Vertrag abgesichert ist. Menschen, die auf Sicherheit angewiesen sind, sei es, weil sie keine Rücklagen haben – oder andere mitversorgen müssen, werden so systematisch ausgeschlossen.

Dabei studieren ja immer mehr Menschen. Haben die schlechten Arbeitsbedingungen im Wissenschaftssystem auch damit zu tun?

Grundsätzlich ist es toll, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben, eine Hochschule zu besuchen. Aber auch sie leiden unter den Bedingungen. Aktuell haben wir in vielen Fächern riesige Lehrveranstaltungen, die von Lehrbeauftragten abgedeckt werden, die selber einen Witzbeitrag für ihre Arbeit erhalten, die nicht mal sozial- oder kranksenversichert sind. Die Situation ist für alle blöd: Für die Studierenden, weil sich für sie zu wenig Zeit genommen wird – und die Lehrenden, weil ihr Arbeitspensum viel zu hoch ist.

Während Sie das Buch geschrieben haben, saßen Sie im Homeoffice. Sie mussten nicht – so wie andere – in eine Fabrik oder Not-

aufnahme und sich dem Virus aussetzen. Gab es Momente, in denen Sie dachten: Ach, so schlecht geht es mir gar nicht, eigentlich bin ich ziemlich privilegiert?

Es gibt natürlich immer Menschen, denen es schlechter geht, aber daraus abzuleiten, dass man für die Interessen prekär Beschäftigter in der Wissenschaft nicht mehr einstehen sollte, funktioniert für mich nicht. Uns erreicht immer wieder das Vorurteil, dass es uns als Akademiker:innen gar nicht so schlecht gehen kann. Und dann auch noch im öffentlichen Dienst. Stimmt aber nicht. 92 Prozent der Wissenschaftler:innen ohne Professur, die unter 45 Jahre alt sind, haben eine befristete Stelle. Und selbst die Verträge von Juniorprofessor:innen sind befristet – ohne Garantie, wie es danach für sie weitergeht. Das hat eine massive Einschränkung des Privatlebens zur Folge.

Sie haben seit April dieses Jahres auch eine Juniorprofessur an der Universität Stuttgart inne.

Juniorprofessuren gibt es immer häufiger. Ich habe dort maximal sechs Jahre. Danach muss ich auch wieder gucken, wie es für mich weitergeht.

— Die Fragen stellte Joana Niefeld.